



HESSISCHER LANDTAG

25. 03. 2022

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

Fraktion der AfD

„Nie wieder Krieg in Europa!“: Russlands Angriff auf die Ukraine verurteilen – europäische Friedensordnung bewahren – Sicherheit, Stabilität und Souveränität der Länder in ganz Europa sichern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt den seit dem 24. Februar 2022 stattfindenden, von den Aggressionen Russlands ausgehenden Krieg gegen die Ukraine aufs Schärfste. Jede Art von Kriegsverbrechen sind unentschuldigbar und zu verurteilen. Aufseiten beider Konfliktparteien sind unzählige Opfer und abgrundtiefes Leid zu beklagen. Für Krieg und den vorsätzlichen Bruch des Völkerrechts gibt es niemals eine legitime Rechtfertigung. Der Landtag unterstützt daher ausdrücklich die Forderung der Bundesrepublik Deutschland und der europäischen Staatengemeinschaft an den Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, jegliche Kriegshandlungen unverzüglich zu beenden und sämtliche militärischen Truppen aus den umkämpften Gebieten abzuziehen.
2. Der Landtag ist bestürzt darüber, dass die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und des Kalten Krieges historisch gewachsene europäische Friedensordnung durch eine aggressive Rhetorik und den ideologischen Fanatismus des russischen Präsidenten mehr denn je bedroht ist. Der Angriffskrieg Putins ist der vorläufige Tiefpunkt der Eskalationsspirale eines jahrelang andauernden Konflikts, der nicht erst mit dem Bruch des Minsker Abkommens durch Russland begann, sondern auch durch die Missachtung russischer Interessen geprägt ist. Über 75 Jahre Frieden in Europa, die von Freiheit und Demokratie, politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit sowie der gegenseitigen Achtung von Interessen geprägt sind, dürfen nicht geopfert werden. Der Landtag ist daher der unveränderlichen Überzeugung, dass es nie wieder Krieg auf europäischem Boden geben darf.
3. Der Landtag appelliert an die Bundesregierung, die Europäische Union und die internationale Staatengemeinschaft, ihre diplomatischen, politischen und weltwirtschaftlichen Bemühungen für ein sofortiges Ende jeglicher Kriegshandlungen sowie eine friedliche Lösung des Konflikts fortzusetzen. Eine Ausweitung des Krieges und weitergehende militärische Interventionen müssen dabei mit allen Mitteln verhindert werden. Dafür ist es auch erforderlich, entlang der Leitlinien des Völkerrechts und der Genfer Konventionen einen glaubwürdigen Weg zu entwerfen, der wieder gegenseitiges Vertrauen ermöglicht und Verhandlungen auf Augenhöhe sicherstellen kann. Besonderes Augenmerk muss auf dem umfassenden Schutz der Zivilbevölkerung und der Unterstützung der Arbeit humanitärer Hilfsorganisationen in den Krisenregionen liegen. Am Ende des Prozesses muss in Zukunft eine tragfähige europäische Sicherheits- und Friedensordnung sichergestellt sein, die auch Russland einen legitimen Platz zugesteht. Es braucht eine klare Haltung und deeskalierende Verhandlungen, um Frieden, Sicherheit, Stabilität und Souveränität in ganz Europa zu sichern.
4. Der Landtag betont, dass die Ukraine angesichts der derzeitigen geopolitischen Lage und ihrer politischen Verfasstheit keine aussichtsreiche EU-Beitrittsperspektive besitzt. Die gegenwärtige Solidarität mit der Ukraine infolge der Aggressionen Russlands darf nicht dazu führen, die bestehenden Beitrittskriterien abzusenken oder ein beschleunigtes Verfahren zu forcieren. Es müssen die gleichen Standards wie für jeden anderen EU-Beitrittskandidaten gelten. Die Ukraine erfüllt derzeit weder die politischen noch wirtschaftlichen Grundvoraussetzungen der Kopenhagener Kriterien (Art. 6 Abs. 1 EUV, Art. 49 EUV), die für eine Mitgliedschaft in der EU maßgeblich sind. Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen ist daher die Neutralität der Ukraine zu wahren.

5. Der Landtag missbilligt die Übergriffe auf russischstämmige und russischsprachige Menschen sowie Russlanddeutsche in Hessen. Diskriminierung, Bedrohungen, Hass und Gewalt sind in einer freien und demokratischen Gesellschaft inakzeptabel und unmissverständlich zu verurteilen. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine darf nicht dazu führen, Menschen unter einen pauschalen Generalverdacht zu stellen oder sie schrittweise aus unserem Gemeinwesen auszugrenzen. Es braucht ein klares Zeichen der Politik und der Zivilgesellschaft für Akzeptanz, Verständnis und Zusammenhalt in Hessen. Russischstämmige, Russischsprachige und Russlanddeutsche haben weiterhin einen festen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft.
6. Der Landtag würdigt die Worte des Generalkonsuls der Ukraine, Herrn Vadym Kostyuk, vor dem Hessischen Landtag am 24. Februar 2022, die von dem Willen nach Frieden, Selbstbestimmung und Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft be-seelt waren. Er erklärt sich solidarisch mit den Menschen der Ukraine, deren Leben angesichts der dramatischen Ereignisse des schrecklichen Krieges unmittelbar bedroht sind. Vor diesem Hintergrund war das Hissen der ukrainischen Flagge vor dem Parlamentsgebäude ein notwendiger symbolischer Akt. Der Landtag begrüßt die umfassenden zivilgesellschaftlichen Initiativen zur humanitären Unterstützung der Menschen in den Krisenregionen sowie die Bereitschaft zur Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen. Dies ist Ausdruck einer klaren Haltung der Menschen in Hessen und ein deutliches Zeichen der Solidarität mit dem ukrainischen Volk, für Frieden und gegen jede Form von Krieg.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 25. März 2022

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe